ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

Nummer 8
Mai 2018

Guten Tag!

Wer in diesen Tagen und Wochen aufmerksam die Nachrichten verfolgt, dem muss es doch gelegentlich eiskalt den Rücken herunter laufen. Seit dem NATO-Doppelbeschluss im Jahre 1982 befand sich die Welt nicht mehr so nah am Abgrund zu einem großen Krieg. Ob in Korea oder in Syrien, immer häufiger stoßen die Großmächte aneinander. Anstatt besonnener Diplomatie begegnen wir blinder Bündnistreue. Statt Entspannungspolitik setzt auch Deutschland auf Konfrontation und militärische Problemlösung. Leichtfertig wird ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis mit Russland aufs Spiel gesetzt, und jeder unbewiesene Vorwurf sofort aufgeblasen und genutzt, um Russland bzw. Präsident Putin an den Pranger zu stellen. Ist die Welt wirklich so schwarz-weiß, ist gut und böse denn so eindeutig?

Der Fall Skripal

Als am 4. März der ehemalige Agent Sergej Skripal und seine Tochter in Salisbury mit Vergiftungserscheinungen aufgefunden wurden, dauerte es keine 24 Stunden um Russland, ohne Beweise, der Täterschaft zu beschuldigen. Bis zum heutigen Tage bleiben uns die Ermittler den Beweis schuldig, dass Russland für den Anschlag verantwortlich ist, aber längst sind die diplomatischen Vertreter abgezogen und die nächsten Wirtschaftssanktionen auf dem Weg.

Giftgas in Ostghouta

Am 7. April, so der Vorwurf, habe die syrische Armee in Ostghouta, einem Vorort von Damaskus, Giftgas gegen die Islamisten eingesetzt. Die syrische Regierung bestreitet das, und hebt hervor, dass das Ende der Kämpfe fast erreicht sei, und die Mehrzahl der Kämpfer, den Kampfort durch einen ausgehandelten Korridor, in Richtung Idlib, mit Bussen verlassen hat. Noch bevor die Untersuchung durch die Vertreter der OPCW (Internationale Organisation für das Verbot chemischer Waffen) aufgenommen wurden, beriefen sich die Präsidenten Donald Trump, Emmanuel Macron und Theresa May auf angebliche Beweise und führten einen völkerrechtswidrigen Raketenangriff gegen Syrien aus. Auch in diesem Fall standen Kanzlerin Merkel, Außenminister Maas und Verteidigungsministerin von der Leyen uneingeschränkt auf der Seite der Angreifer. Der Groll gegen Russland, das die beabsichtigte Zerschlagung Syriens durch die westliche Wertegemeinschaft erfolgreich verhindert hat, scheint riesengroß.

Erklärung der DKP zum erneuten Überfall auf Syrien

Der Angriff der drei imperialistischen Groß- und Atommächte auf den bereits stark durch Krieg und Bürgerkrieg zerstörten souveränen Staat und UN- Mitglied Syrien ist ein krasser Bruch des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen. Das waren keinesfalls „chirurgisch saubere und begrenzte Schläge“ gegen Giftgaslager. Das war eine Aggression mit noch längst nicht absehbaren Folgen für die Sicherheit auch in Europa. Denn es geht nicht um den „Schutz von Zivilpersonen“ in Syrien, es geht auch nicht um eine „begrenzte Strafaktion gegen einen Diktator“. Den imperialistischen Großmächten, voran die USA, die NATO-Staaten, die EU und mit in vorderer Reihe auch die deutsche Bundesregierung, geht es um die „strategische Neuordnung“ des Nahen Ostens nach dem Modell der Zerschlagung Jugoslawiens in den 90er Jahren durch NATO und BRD. Solange Syrien seinen nicht an den „Interessen des Westens“ und seiner Ölkonzerne und Großbanken gebundenen relativ autonomen Kurs verfolgt, so lange hat dieser letzte, nicht religiöse Staat der Region in den Augen der imperialistischen Mächte kein Existenzrecht.

Der Überfall erfolgte nur wenige Stunden, bevor die Experten der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) ihre Ermittlungsarbeit vor Ort beginnen konnten. Kurz vor dem Überfall hatte sogar noch US-Verteidigungsminister Mattis eingeräumt, dass „endgültige Beweise für den angeblichen Chemiewaffeneinsatz erst noch weiter gesucht würden“. Es gab und gibt keine Beweise dafür, dass die syrische Regierung irgendetwas mit einem Einsatz von Chlorgas gegen „Kinder und Zivilisten“ zu tun gehabt hätte. Ebenso wenig wie in der seit Wochen laufenden Schmutzkampagne um den mit „sowjetischem Super-Kampfstoff“ attackierten ehemaligen russischen Doppelagenten Skripal und seiner Tochter britische Experten einen Beweis über die Beteiligung Russlands oder Putins erbringen konnten.

Aber für das „Monster“ oder die „Bestie“ Assad und auch für den „Vertreter des Bösen“ (Putin) sollen einfachste völker- und strafrechtliche Prinzipien und Regeln nicht mehr gelten. Es herrscht das Faustrecht.
Der Angriff gegen Syrien richtet sich auch gegen Russland. Sollte Russland zu einem militärischen Gegenschlag provoziert werden? Welches weitere kriegerische Szenario ist von den imperialistischen Mächten in den nächsten Tagen und Wochen zu erwarten? Die Zustimmung der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin und des sich besonders ereifernden neuen Außenministers

Heiko Maas zur Aggression gegen Syrien ist kein Zufall. Sie war längst angekündigt...
news.dkp.suhail.uberspace.de/2018/04/dkp-schluss-mit-der-aggression/

Ostermarsch – der Odenwald kann sich sehen lassen

Die herrschenden Politiker und die große Mehrheit der bürgerlichen Presse machen massive Propaganda für Kriegseinsätze der Bundeswehr und verkaufen diese als „humanitäre Interventionen“, also als „menschenfreundliche“, ja Menschen rettende Maßnahmen. Umfragen zeigen, dass die große Mehrheit der Deutschen gegen Bundeswehreinsätze im Ausland ist; denn wer es wissen will, der weiß, dass diese angeblich humanitären Interventionen Menschen töten und ihre Lebensgrundlagen vernichten.

Doch Kriegsgegnerschaft allein in Umfragen verhindert keine Kriege. Man muss etwas tun, sich an Aktionen beteiligen und die Kriegsursachen benennen und bekämpfen.

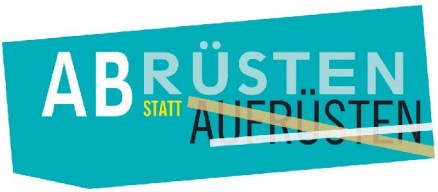
In diesem Jahr haben sehr viel mehr Menschen als in den vergangenen Jahren an den Ostermärschen teilgenommen. Auch beim Odenwälder

Ostermarsch haben in diesem Jahr ca. 300 Menschen, darunter auch viele jüngere, demonstriert.
Material gegen den von Bundesregierung mit Waffenexporten unterstützten Krieg der türkischen Regierung gegen das kurdische Afrin wurde verteilt und ein Transparent gegen den Krieg in Afrin getragen.
Eine sehr junge Schülerin des Michelstädter Gymnasiums hat einen klaren, von ihr selbst verfassten poetischen Text gegen aktuelle Kriege in verschiedenen Ländern vorgetragen.
Hier Zitate aus diesem Text:

„Jetzt gerade in Sanaa
Zwischen Schreien und Weinen
Eine Stille, vom Schweigen regiert
unter Trümmern und Körpern (…)
Jetzt gerade in Kaschmir,
wo Waisen weinen.
Wo Menschen schweigen,
die so viel zu sagen hätten (…)
Jetzt gerade in Kabul
Schon das dritte Mal an diesem Tag,
Den einen der Profit, den andern das Grab.“

Alle Zeichen stehen auf Krieg.

Die Militärausgaben sollen verdoppelt werden und auf 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Kriegsrhetorik nimmt zu, das Feindbild Russland wird von allen Kanälen beschworen. Aber nicht Russland ist an die NATO herangerückt, sondern die NATO an Russland.
Gleichzeitig zettelt Trump einen Handelskrieg mit China an. Die Kriegstreiber müssen gestoppt werden! „Abrüsten statt Aufrüsten“ ist eine Unterschriftenkampagne der Friedensbewegung. Unterschreiben ist gut, darüber diskutieren noch besser, mit Freunden, Kollegen, Nachbarn...
www.abruesten.jetzt



VIAS – ein weiterer Schritt in die falsche Richtung

VIAS, der Bahnbetreiber durch den Odenwald, verkündet lapidar, >Ticket kaufen, dann einsteigen!<. Auf ihrer Internetseite prangt ein großer Hingucker: *Ab dem 1. Mai 2018 ist der Einstieg in die Züge der Rheingau-Linie nur noch mit gültiger Fahrkarte gestattet. Diese muss vor Fahrtantritt erworben werden – jetzt auch an allen Fahrkartenautomaten entlang der Rheingau-Linie möglich*

Was das bedeuten kann, habe ich schon am 19. April, also vor dem Stichtag auf der Odenwaldstrecke erlebt. Vor knapp einem Jahr wurde am Bahnhof in Eberbach der Fahrkartenverkauf komplett eingestellt. Jetzt stehen nur noch zwei Automaten auf den Bahnsteigen bereit. Als ich dort ankam, war der erste Automat defekt, und an dem zweiten hatte sich eine Schlange gebildet, worauf ich zum bereitstehenden Zug ging und die in der Tür stehende Schaffnerin ansprach, mir eine Fahrkarte zu verkaufen. Diese lehnte ab und schickte mich zurück zum Automaten. Nicht besser erging es einem jungen Mann, der kurz vor Abfahrt des Zuges einstieg, und ebenfalls eine Fahrkarte erwerben wollte. Auch er verwies auf den defekten Automaten und war folglich in ein Streitgespräch mit der Schaffnerin verwickelt. Der Zug Richtung Michelstadt fuhr ab, und die Schaffnerin beharrte auf die Zahlung von 60 Euro Schwarzfahrergebühr von dem jungen Mann, was unter den Mitfahrenden Unmut und solidarischen Protest hervorrief. Ich denke, und da war ich mit mehreren Mitfahrenden einig, dass man von der VIAS verlangen kann, im Zug Fahrkarten kaufen zu können, wie es auch in Bussen üblich ist, und wo dies der Fahrer zusätzlich leistet. Der Personalabbau an den Bahnhöfen und der Ersatz von Mitarbeitern durch

Automaten, darf nicht weiter hingenommen werden. Wir sind die Eigentümer dieser Infrastruktur, und dürfen uns den öffentlichen Nahverkehr als Teil der Daseinsvorsorge nicht kaputt machen lassen.
Robert Weber

Sichtbar – nicht nur vor Wahlen.

Der ODENWALDKURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 3.000 Exemplaren und wird kostenlos verteilt.
Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt,
reinhold-fertig@t-online.de
Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50, Kto.: 18009340
Stichwort „ODENWALDKURIER“

DKP

Leserbrief

Vom unnützen Flächennutzungsplan Windkraft

Als Einwohnerin von Erbach-Elsbach habe ich die fünf Windräder am Geisberg unmittelbar im Blick und freue mich, dass wenigstens hier der Wind nicht ungenutzt verstreicht.
Mit dem gemeinsamen Flächennutzungsplan (FNP) der 15 Odenwälder Kommunen hätte insbesondere die Verwaltung der Stadt Erbach gern auch diese Windkraftanlage verhindert, wäre nicht bereits und glücklicherweise das Vorhaben vom Regierungspräsidium (RP) als Genehmigungsbehörde auf der Rechtsgrundlage des § 35 Abs. 1 Nr. 5 des BauGB geprüft und positiv beschieden gewesen, die Flächen als geeignet eingestuft. Ausreichende Gründe gegen den Bau konnten nicht gefunden werden, d.h. es standen keine öffentliche Belange dagegen und mit der Atomkatastrophe von Fukushima 2011 und dem von der Bundesregierung beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie löste sich letztlich der starre Widerstand und ließen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich für den Bau stimmen.

Von den anfänglich insgesamt 29 für eine Bebauung mit Windrädern möglichen Flächen sind lediglich sieben übriggeblieben, über die immer noch z.T. gestritten wird. Bereits in der Anfangsphase, frühzeitig und mehrfach, hatte das Regierungspräsidium die Mängel im Abwägungsprozess moniert und u.a. auch aufgrund der stark verkleinerten Flächenkulisse eine nochmalige Überprüfung der Planung empfohlen. Dessen ungeachtet haben die Verwaltungen der 15 Kommunen mittels eines beauftragten Landschaftsarchitektenbüros unter hohen Kosten an dem FNP weiterarbeiten lassen. Erst viel später, nämlich als der FNP vom RP 2015 abgelehnt wurde, erfuhren Mandatsträger und Bürger, dass das RP bereits mehrmals darauf hingewiesen hatte, den Plan in dieser Form nicht zu akzeptieren, eine Rechtskraft somit nicht erzielt werden könne. Im September 2017 wies nun auch das Verwaltungsgericht Darmstadt die Klage der Odenwälder Städte und Gemeinden zurück. An dieser Stelle sollte die Frage gestellt werden: Wie hoch belaufen sich mittlerweile die Kosten für diesen unnützen Flächennutzungsplan samt Klage? – Kosten , die wohlgemerkt die Bürger zu tragen haben!
Wie nun weiter verfahren wird, ist offen; selbst für die CDU Michelstadt „hat der kreisbezogene Flächennutzungsplan keinen Sinn mehr“ nach seinem Scheitern, nachzulesen im „Odenwälder Echo“ vom 23.4.2018. Das erstaunt sehr, denn u.a. vorwiegend Vertreter dieser Partei wurden seinerzeit in der

laufenden Planung nicht müde, Zweifler von der Rechtskraft des Flächennutzungsplanes zu überzeugen.
Gleich nach welchen Plänen nun gebaut wird oder nicht, die Proteste der Windkraftgegner laufen weiter, vom getrübten Blick auf den Beerfeldener Galgen bis zum Ausbleiben des Schwarzstorches an Stellen, wo er nie war, wird alles aufgeboten, um den Bau zu verhindern.
Hier sollte noch einmal erinnert werden an die von den GRÜNEN am 27.4.2017 veranstaltete Podiumsdiskussion, unter anderem mit Professor Lothar Petry von der Hochschule Darmstadt und dessen Fazit „Wir haben keine Option“, wenn wir alle bisher bekannten Fakten zusammenführen. Die Dringlichkeit, Energie hier und jetzt, lokal vor Ort zu gewinnen, sollte politisch Verantwortlichen endlich bewusst werden. Die schnelle Wende hin zur Nutzung erneuerbarer Energien verbunden mit der Drosselung des Verbrauchs in allen Bereichen ist eine ethische Pflicht.
Renate Wolf-Kurz 23.4.2017

Beiträge, die mit Namen unterzeichnet sind, müssen nicht in jedem Punkt mit der Meinung der DKP übereinstimmen.

Windkraft – Die Verspargelung als größtes Problem?

Nehmen wir einmal an, als die Stromerzeugung vor etwa 130 Jahren in Deutschland Einzug hielt, es wären von Anfang an die heutigen Windräder zur Verfügung gestanden, wie hätten die Menschen gejubelt. Mit der Stromerzeugung begann das Zeitalter des elektrischen Lichtes, des Kühlschranks und des elektrischen Bohrers beim Zahnarzt und brachte viele Erleichterungen des Lebens.
Doch, so fing die Elektrifizierung nicht an, sondern das allgemeine Angebot kam erst langsam mit der Wasserkraft, dann aber in immer stärkerem Maße mit der Dampfmaschine, angetrieben erst mit Kohle, später mit Atom.

Vorteile genießen – Nachteile verdrängen

Heute haben wir uns an dieses ständige Angebot gewöhnt und unser Leben danach eingerichtet. Atomkraftwerke mit ihrer Strahlenbelastung, einer erhöhten Krebsrate in ihrer Umgebung und die Zwischen- und Endlagerung des fast ewig strahlenden Mülls, sowie die immerwährende Möglichkeit eines außer Kontrolle geratenden Unfalls, werden erfolgreich aus unserem Bewusstsein verdrängt.
Oder, wer fühlt sich schon solidarisch mit den Menschen am Niederrhein oder in der Lausitz, denen man zur Braunkohlegewinnung ihre Heimat samt Dörfern wegbaggert? Das alles ist weit entfernt von uns, und bei Urlaubsreisen kann man getrost einen großen Bogen um diese Regionen machen.
In Dortmund und anderen Städten im Ruhrgebiet senkte sich das Bodenniveau durch den Untertageabbau der Steinkohle teils um bis zu 15 Meter. Ähnlich einer Schichttorte, aus der man die untere Sahneschicht herausgekratzt hat, sind dort die Häuser abgesunken und damit auch die Kanalisation. Dies verursacht dort Ewigkeitskosten.
Fehlen noch die Biogasanlagen, die in unserem ländlichen Raum wie Pilze aus dem Boden sprießen. Mit Gülle und Mist allein ist nicht viel Energie zu gewinnen, also wird ordentlich Boden zehrender und giftbehandelter Mais angebaut um an die Subventionen zu kommen. Dass die Flächen zur Lebensmittelerzeugung verwendet werden, liegt nicht unbedingt im Kalkül der Landwirtschafts- und Energiepolitik.
Da können wir aber im Odenwald von Glück reden, dass den Gegnern nur ein paar Windräder die Sicht versperren.
Robert Weber

Einige kontroverse Anmerkungen der Odenwaldkurier-Redaktion, die der weiteren Versachlichung dienlich sein soll:

Es ist jedem vorurteilsfrei denkenden Menschen klar, dass die Windenergie genutzt werden muss und deren Folgeschäden im Vergleich zu fossilen und vor allem zu nuklearen Energieträgern verschwindend gering sind.

Kohle und Atom haben keine Zukunft, wir sind längst im Ausstieg, halten aber im Odenwald noch nicht die Wunderwaffe schlechthin für den Klimaschutz nach der Kohle-, Erdöl-, Erd- und Schiefergas- sowie der Kernenergie in unseren Händen.

Eine Energiewende mit Windkraftanlagen wird den Odenwald aus diesem Grund im Allgemeinen nicht aus dem Stand heraus mit einer vollständigen Umwandlung der fossilen und nuklearen Energien zu einer energieautarken Region machen können.

Im Besonderen besteht bekanntlich für Standorte wie dem Odenwald die denkbare Gefahr, vor allem für bezuschusste Betreiber und Grundbesitzer gewinnbringend zu sein und damit den durchaus möglichen und nachhaltigen Nutzungswert der Windkraftanlagen zur Nebensächlichkeit verkümmern zu lassen. „Flott“ formuliert: Möglicherweise machen die Odenwälder Windkraftanlagenbetreiber ein paar Jahre lang Kasse und schalten bei dauerhaft ausbleibendem Gewinn ab, ohne das Risiko tragen zu müssen, denn wir Stromverbraucher und Steuerzahler zahlen deren Zeche.

Vorboten für den Ausstieg aus dem Einstieg in die erneuerbaren Energien könnten das Sinken der Einspeisevergütungen im Jahr 2018 sein und die auf dem Prüfstand stehenden verschiedenen Subventions-Modelle, die bereits planerische Änderungen des Grundansatzes der Windkraftbetreiber bewirkten.

Bedenkt man, dass die Besitzer des Grundes, auf dem beispielsweise die Erbach/Mossauer Anlagen stehen, eine letztlich von uns Stromkunden aufzubringende jährliche Pacht in Höhe von 100.000 bis 140.000 Euro einnehmen, kann die erneuerbare Windkraft schon mal zu einem eher „windigen“ Geschäft werden, statt sich wie erhofft „hier, jetzt und lokal vor Ort“ weiter zur nachhaltigen Versorgung mit klimaschonendem Ökostrom zu entwickeln.

Straßenausbaubeiträge kippen! – Der Widerstand der Betroffenen wächst!

In immer mehr Gemeinden des Odenwalds werden im Zuge von Straßenbaumaßnahmen die angefallenen Kosten auf den Rücken der Anlieger abgewälzt. Kein Wunder, denn mittlerweile hat sich in den Städten- und Gemeinden ein Investitionsstau in Höhe von 112 Mrd. € angesammelt. D.h., es wurde in den letzten Jahrzehnten kaum etwas in Straßen, Brücken, Schulen oder den sozialen Wohnungsbau investiert. Verwunderlich, steigen doch die Steuereinnahmen jährlich in Milliardenhöhe - der Staat schwimmt im Geld! Da muss sich der normale Menschenverstand fragen, wohin denn all das Geld fließt!? Peter Altmaier, CDU, gemäß dem Monatsbericht des Finanzministeriums, Jan. 2018: „Insgesamt lag das Steueraufkommen für 2017 bei 674,6 Milliarden Euro. Das waren 26,3 Milliarden Euro oder 4,1 Prozent mehr als 2016." Dazu trug ein höherer Lohnsteueranteil von 5% bei, der sich auf gesamt 238,8 Mrd. 2017 summierte.

Die Straßenausbaubeiträge („Strabs") belasten viele Hausbesitzer immens, denn es werden schnell hohe Zwangsabgaben fällig, die bis zu mehreren zehntausend Euro betragen könne, aber gemäß § 137 der hessischen Gemeindeordnung gar nicht anfallen dürften. Menschen geraten in finanzielle Not oder an den Rand der finanziellen Belastbarkeit. Während „notleidende" Banken und Länder von SPD, CDU/CSU, FDP und GRÜNE sofort „gerettet" werden, kann der 'kleinen Mann' sehen, wie er zurechtkommt. Notfalls muss er halt sein Haus verkaufen - der unersättlich, spekulativ-ausgerichtete Immobilienmarkt wartet darauf.

Am 12. April d. J. fand im hessischen Landtag eine Anhörung zum Thema statt. Die CDU hielt sich argumentativ zurück, Die Linke forderte die Abschaffung, Zustimmung hierzu kam von der SPD, die zum Thema mit einer gespaltenen Zunge spricht: Die DKP Gießen stellte im Stadtparlament einen Antrag zur Abschaffung der 'Strabs', doch SPD, CDU und GRÜNE lehnten den Antrag ab!

In Bayern hat die CSU-Landtagsfraktion angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen beschlossen, die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2018 abzuschaffen. In vielen Kommunen sind die Straßen durch höhere Mobilität und gestiegenen überörtlichen Durchgangsverkehr zum Sanierungsfall geworden. Gerade deshalb dürfen den Anwohnern nicht die Kosten aufgebrummt werden.

Auch in Hessen wird in diesem Jahr gewählt. Die Landesregierung sollte sich (in diesem Fall) Bayern als Vorbild nehmen und die ungerechten Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen. Stattdessen scheint sich die

CDU/GRÜNE Landesregierung darauf verständigt zu haben, lediglich den Zwang zur Erhebung abzuschaffen und die Entscheidung den Kommunen zu überlassen. Alternativ zur Wahl besteht für jeden Betroffenen die Möglichkeit, „seinem zuständigen Kreis- oder Landtagsabgeordneten“ deutlich mitzuteilen, was man von dieser Art Politik hält.
Harald K.

Karl Marx - 200 Jahre jung

Die Marx-Skulptur des Künstlers Wu, ein Geschenk der chinesischen Regierung wurde am 5. Mai 2018 in Trier enthüllt.

Karl Marx, Revolutionär und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, wurde vor 200 Jahren, am 5. Mai 1818, in Trier geboren. Sein Werk, analysiert nicht nur die Unzulänglichkeiten der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es weist auch darüber hinaus – in eine Welt, in der der Mensch dem Menschen weder Herr noch Knecht ist. Die Alternative ist nicht, wie weiland der damalige Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) meinte, »Jesus« oder »Marx«. Die Alternative bleibt: Sozialismus oder Kapitalismus, oder wie Rosa Luxemburg auf das imperialistische Zeitalter aktualisierte: Sozialismus oder Barbarei! Und solange diese Grundfrage der Menschheit nicht entschieden ist, bleibt Karl Marx hochaktuell. Die Worte, die sein Freund und Genosse Friedrich Engels (anlässlich von Marx’ Beerdigung 1883) sprach, haben sich bewahrheitet: »Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk«.

»**Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.**«
(Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechts-Philosophie. Einleitung (1844). Marx-Engels-Werke Band 1, S. 385).

Der Tag der Befreiung muss auch in Deutschland gesetzlicher Feiertag werden

Fragt man in Deutschland auf der Straße, was denn der 8.Mai für ein besonderer Tag sei, so hört man von den meisten, das wüssten sie nicht. Dieser Tag ist in Deutschland weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt und findet wenig Beachtung außerhalb linker Medien. Am 8.Mai 1945 haben die alliierten Streitkräfte Europa endgültig vom Nazifaschismus befreit, den Zweiten Weltkrieg siegreich beendet. Die größte Last des Krieges hatte die Sowjetunion zu tragen: Etwa 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion (davon über 11 Millionen Soldaten und über 15 Millionen Zivilisten) wurden von den Nazifaschisten getötet. Wenn Bundesaußenminister Heiko Maas und seine Kabinettsmitglieder heute von besonderer Verantwortung gegenüber Israel sprechen, so sollte dies, angesichts des unermesslichen Leids und der Millionen Toten, auch gegenüber Russland Anwendung finden.

Der 8. Mai wurde als Tag der Befreiung vom Nazifaschismus in fast allen ehemals von Nazideutschland besetzten Ländern gesetzlicher Feiertag. Erst 1985 wurde vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker das erste Mal von staatsoffizieller Seite der 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnet. Großen Einfluss auf die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hatte dies nicht. Auch in den Schulen hört man davon meist nichts.

Zu Recht fordert die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), dass der 8.Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird und erklärt: Wir wollen am 8.Mai vor allem an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Krieg, Elend und Unterdrückung erinnern und dies als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, so wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben. In diesem Sinne rufen wir auf:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Die aktuelle bundesdeutsche Kriegsministerin Ursula von der Leyen fordert immer höhere Summen für die Aufrüstung der Bundeswehr und bereitet so auf neue bewaffnete Auseinandersetzungen und Kriege vor, statt dringend benötigte Gelder in das Gesundheitssystem, das Sozialsystem und den herunter gekommenen sozialen Wohnungsbau zu investieren. Praktisch an die Hoffnung der vom Nazifaschismus Befreiten auf eine Welt ohne Krieg, Elend und Unterdrückung erinnern und anzuknüpfen, heißt gegen diese Kriegspolitik Widerstand organisieren.
Reinhold Fertig

DKP-Vorsitzender Patrik Köbele

»Auch das 20. UZ-Pressefest 2018 wird wieder ein Treffpunkt für alle, die gegen Krieg und Faschismus aktiv sind. Ein Fest der Solidarität für alle, die keinen Frieden mit dem Kapitalismus machen wollen. Wir wollen 50 Jahre DKP und 100 Jahre KPD feiern. Kraft tanken, mit FreundInnen, Kolleginnen und GenossInnen diskutieren und feiern – das ist das UZ-Pressefest der DKP.«

20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

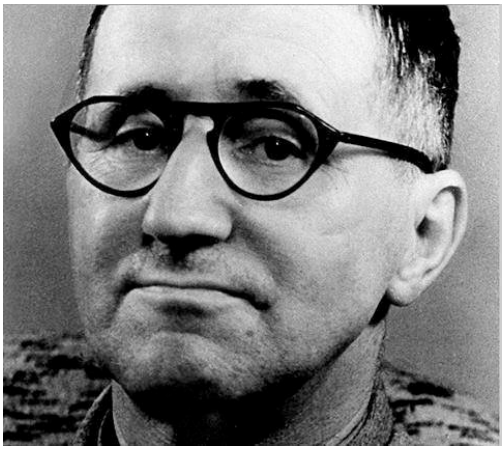
KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO & MICROPHONE MAFIA
CALUM BAIRD ★ KAI DEGENHARDT ★ KLAUS DER GEIGER
JANE ZAHN ★ ERICH SCHAFFNER U.V.M.
KLEZMER ★ PUNK ★ LIEDERMACHER ★ RUMBIA ★ SKA

THEATER ★ LESUNGEN ★ KINDERFEST ★ FLOHMARKT ★ BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN ★ AUSSTELLUNGEN ★ GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

7. – 9. September 2018
Revierpark Wischlingen Dortmund

In eigener Sache

Der ODENWALDKURIER wird von der DKP im Odenwaldkreis erarbeitet. Wir denken kritisch, schreiben offen und lassen uns mit den Lügen und Halbwahrheiten anderer Medien nicht abspeisen.
Wenn Ihnen das gefällt, können Sie diese Arbeit unterstützen:
Geben Sie uns Hinweise, wenn im Betrieb oder Ihrer Gemeinde etwas schief läuft. Schreiben Sie Artikel oder Leserbriefe.



„Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Da sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich."

Bertolt Brecht